

- lid.ch

Landwirtschaftlicher Informationsdienst -

Ernährungssouveränität – ein trügerischer Rettungsanker

Ernährungssouveränität bietet für fast alle etwas. Deshalb boomt der Begriff, in einer Zeit, in der das Konzept Multifunktionalität an seine Grenzen kommt.

Von **Roland Wyss-Aerni**

Was haben so unterschiedliche Organisationen wie Uniterre, die Gewerkschaft Unia, die Stiftung für Konsumentenschutz, die Bauernverbände Lobag und Bio Suisse oder die Milchmarktoppositionsgruppe BIG-M gemeinsam? Sie alle finden Ernährungssouveränität irgendwie sympathisch. Und was ist Ernährungssouveränität? Gute Frage. An dem Forum zur Ernährungssouveränität, das am 3. November in Bern stattfand, konnte immerhin errahnt werden, was Ernährungssouveränität wahrscheinlich nicht ist: Internationaler Agrarfreihandel. Oder Exportsubventionen. Oder multinationale Saatgutunternehmen. Oder auch Gentechnik.

Jekami-Debatte

Für den Begriff Ernährungssouveränität gibt es durchaus eine Definition, sie wurde Anfang der Neunzigerjahre von der Kleinbauernorganisation Via Campesina geprägt (s. Kasten). Die Diskussion um Ernährungssouveränität ist aber inzwischen zu einer Art Jekami geworden. So verlangte beispielsweise SVP-Präsident Toni Brunner am Sonderparteitag vom 30. Oktober in Wauwil LU vom Bund, dass er der WTO beantragt, die Landwirtschaft aus den Verhandlungen auszuklammern und dass jedem Staat die Versorgungssicherheit und die Ernährungssouveränität gewährt werden soll. Am Forum in Bern gab es einen bunten Strauss von Meinungen. Darüber, ob Ernährungssouveränität im Süden etwas anderes bedeutet als im Norden, herrschte ebenso Unklarheit wie darüber, was Ernährungssouveränität für die Schweiz konkret bedeuten könnte. Von "Ernährungssouveränität, aber bitte ohne Protektionismus" sprachen Vertreter von Coop und von der Tessiner Konsumentenschutzorganisation ACSI, vom "Recht, eine eigene Landwirtschaft zu haben und diese an der Grenze zu schützen", sprach BIG-M-Sekretär Werner Locher. Der Burgdorfer Mühlenbesitzer Hermann Dür betonte, eine eigene Landwirtschaft und Verarbeitung seien nicht die Parasiten der Volkswirtschaft, sondern deren Wirte. Und weil auch immer wieder der Bund kritisiert wurde, verteidigte Dominique Kohli, Vizedirektor im Bundesamt für Landwirtschaft, die Agrarpolitik: Diese schütze durchaus die eigene Produktion und Verarbeitung, mit hohen Direktzahlungen oder mit den Beiträgen im Rahmen des Schoggigesetzes.

Christoph Dietler, Koordinator der links-grünen Agrarallianz und ehemaliger Bio Suisse-Geschäftsführer, äusserte sich in Bern skeptisch: Der Hype um die Ernährungssouveränität führe möglicherweise zu Kollateralschäden, die grösser seien als der Nutzen. Der wohlige Begriff, in dem sich viele identifizieren könnten, führe zu unheiligen Allianzen und lenke davon ab, dass ganz konkrete Probleme, etwa Defizite in der Raumplanung, diskutiert werden müssten.

Die Diskussion in Bern zeigte vor allem eines: Unter dem Stichwort "Ernährungssouveränität" lässt sich genauso gut die ganze Schweizer Agrarpolitik durchdeklinieren und -diskutieren (die vielen der Votanten dann doch näher lag als die Hungerprobleme im Süden) wie zum Beispiel unter dem Begriff Multifunktionalität.

Was Ernährungssouveränität bedeutet

lid. Die Definition von Via Campesina für den Begriff "Ernährungssouveränität" lautet wie folgt: "Ernährungssouveränität bezeichnet das Recht der Bevölkerung, eines Landes oder eine Union, die Landwirtschafts- und Konsumentenpolitik selbst zu bestimmen, ohne Preis-Dumping gegenüber anderen Ländern." Konkret ist damit gemeint:

- Die lokale Lebensmittelproduktion soll Vorrang haben, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Bauern sollen Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und Krediten haben.
- Die Bauern haben das Recht, Lebensmittel zu produzieren und die Verbraucher können darüber entscheiden, was sie konsumieren und wer es wie produziert.
 - Der Staat hat das Recht, sich vor billigen Landwirtschafts- und Nahrungsmittelimporten zu schützen. Ihm muss das Recht zustehen, Billigimporte zu besteuern.
- Die Bevölkerung kann über die Art der Landwirtschaftspolitik mitbestimmen.

Die Grenzen der Multifunktionalität

Multifunktionalität war auch ein Rettungsanker, der dann zum Modebegriff wurde. Damit schlugen die schlaunen Schweizer und später auch die EU den gegnerischen Agrarliberalisierern aus Ozeanien in den WTO-Verhandlungen ein Schnippchen, indem sie sagten: Unsere Bauern erfüllen multifunktionale Leistungen, sie pflegen die Landschaft und schützen die Tiere, deshalb unterstützen wir sie mit internen Direktzahlungen, dagegen könnt ihr gar nichts haben. Die Australier und andere hatten aber trotzdem etwas gegen Multifunktionalität, weil die Schweizer und Europäer sich nach wie vor für hohe Zölle wehrten.

Das Konzept Multifunktionalität, auf dem die schweizerische Agrarpolitik beruht, konnte zwar bisher die Auswirkungen von Freihandel und sinkenden Zöllen auf die Schweizer Landwirtschaft recht gut abfedern, kommt nun aber langsam an seine Grenzen. Denn das Bundesgeld und der politische Wille für immer mehr Direktzahlungen an die Bauern bei immer tiefer sinkenden Produzentenpreisen reichen nicht beliebig.

Neuer Rettungsanker

Da lockt nun die "Ernährungssouveränität" als nächster Rettungsanker. Und die breite Unterstützung von links bis rechts, von Konsumenten-, Arbeiter- und Bauernorganisationen suggeriert, dass damit ein grosser Druck auf die Agrarpolitik gemacht werden könnte. Der Eindruck täuscht. "Ernährungssouveränität" ist derzeit ein so schwammiger und breiter Begriff, dass er politisch keine Wirkung entfalten kann. Das gemeinsame Dach "Ernährungssouveränität" kaschiert nur, dass letztlich die Interessen von Konsumenten, Bauern, Gewerkschaftern und Entwicklungshelfern alles andere als deckungsgleich sind.

Ernährungssouveränität



Schweizer Brot für Schweizer Konsumenten aus Schweizer Weizen – eine mögliche Variante von Ernährungssouveränität. (lid)

Verwandte Artikel

27.03.2009

[Ernährungssouveränität hier und anderswo](#)

29.08.2008

[Ernährungssouveränität: Ein schillernder Begriff macht Karriere](#)

26.03.2009

[Ernährungssouveränität – Was sie bedeutet und wer sie will](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis von Dossier Nr. 433](#)

■

Diesen Artikel finden Sie online unter

<http://www.lid.ch/de/medien/mediendienst/artikel/infoarticle/22787/?type=0&cHash=bc852e37a2>

© 2009 LID.CH Landwirtschaftlicher Informationsdienst